

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland e.V.

Wie beurteilen Sie den Aktionsplan Queeres Brandenburg? Welche Stärken und Schwächen stellen Sie fest?

Grundsätzlich ist der Aktionsplan Queeres Brandenburg ein erster guter Schritt, der mit allen Akteuren gemeinsam gegangen wurde. Der Aktionsplan ist nun mit Leben zu erfüllen, denn nach so kurzer Zeit lässt sich noch nicht viel sagen zum Erfolg der einzelnen Maßnahmen.

Erst im Juni berichtete die Landesregierung im Plenum über die Umsetzung des Aktionsplans und konnte dabei nur knapp 1,5 Jahre als Berichtszeitraum ansetzen. Wichtig war vor allem die vorab durchgeführte Befragung als Basis des Aktionsplans, die Aufschluss über die Gesamtsituation gab. So ergab die hohe Diskriminierungsrate gerade Trans*-personen gegenüber, dass diesem Personenkreis besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Die Stärke des Aktionsplans sehen wir also vor allem darin, dass ihm eine Befragung vorangestellt wurde und dass mit der Schwerpunktsetzung auf Trans*personen und Regenbogenfamilien spezifische Problemlagen intensiv angegangen werden. Positiv ist auch, dass der Aktionsplan mit zunächst 250.000 € sowie einer Personalstelle ausfinanziert wurde und wir diese Finanzierung mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 um 384.800 € erhöhen konnten. Hier zeigt sich, dass die Bedeutung des Themas und die Notwendigkeit der Maßnahmen klar erkannt wurden.

Konkrete Schwächen lassen sich nach einem so kurzen Umsetzungszeitraum unserer Meinung nach noch nicht ausmachen. Wir bauen dazu weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit mit allen Akteuren, sodass wir auch auf diesem Wege Missstände erfahren.

Werden Sie sich zukünftig für einen Ausbau des Aktionsplanes Queeres Brandenburg einsetzen, insbesondere im Hinblick auf die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und die Berücksichtigung der Thematik als Querschnittsthema in allen Ministerien?

Die Erarbeitung des Aktionsplanes Queeres Brandenburg war zwingend notwendig und reiht sich sinnvoll in die Maßnahmenpakete des Landes ein. DIE LINKE sieht in allen Maßnahmenpaketen eine Notwendigkeit und fordert stets eine auskömmliche Finanzierung sowie deren kontinuierliche Evaluierung und Fortschreibung unter konsequenter Beteiligung aller Akteure. Die Maßnahmenpakete sind teilweise ineinandergreifend und müssen bestmöglich miteinander verzahnt werden. Nur so können Umsetzungs- und Evaluierungsprozesse optimiert und Synergien genutzt werden. So wird beispielsweise im Kinder- und Familienpolitischen Programm sowie in den Seniorenpolitischen Leitlinien korrekterweise auf den Aktionsplan Queeres Brandenburg verwiesen, der die besonderen Bedarfe dieses Personenkreises präziser aufgreift. Zusätzlich gibt es das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket, das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm sowie diverse weitere Initiativen. Immer wieder kommt es dabei zu Überschneidungen wie ältere Menschen der LSBTIQ*-Szene oder queere Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund. Hier besteht die Gefahr, dass sie sich in keinem der Maßnahmenpakete wiederfinden, obwohl gerade ihnen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. So fordert DIE LINKE beispielsweise besondere Unterkünfte für LSBTIQ*-Geflüchtete, um sie vor Gewalt zu schützen und ihnen Anschluss an die Community zu ermöglichen.

So wie auch die Inklusion endlich als Querschnittsaufgabe begriffen wurde, muss auch die LSBTIQ*-Thematik als Querschnittsthema verstanden und behandelt werden. Zu diesem Zwecke fordern wir, dass die Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans künftig in einer Stabstelle des Familienministeriums erfolgt, die ressortübergreifend und unabhängig arbeitet. Nur so ist es möglich, alle Ministerien zur Mitarbeit zu motivieren und das Thema auch als ihr eigenes zu erkennen. Dieses ist nicht allein Aufgabe eines einzelnen Ministeriums oder gar eines einzelnen Ressorts.